



Presseschau vom 05.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

wpered.su: Über die Beteiligung der Kommunisten und ihrer Anhänger in der Donezker Volksrepublik an der Kampagne zu den Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation

Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR B.A. Litwinow beim erweiterten Plenum des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der DVR am 03.07.201 ...

<http://wpered.su/2021/07/04/uber-die-beteiligung-der-kommunisten-und-ihrer-anhanger-in-der-donezker-volksrepublik-an-der-kampagne-zu-den-wahlen-der-abgeordneten-der-staatsduma-der-russischen-foderation/>

Tara Reade: Assange: Heuchelei als politische Kunstform der USA

Julian Assange wurde am 3. Juli in einer britischen Gefängniszelle 50 Jahre alt. Sein Beispiel erinnert uns deutlich daran, wie die USA mit jenen umgehen, die über die Verbrechen etablierter US-Politiker berichten und die illegitime Aktivitäten der US-Regierung öffentlich machen. ...

<https://kurz.rt.com/2kr6>

de.rt.com: **Inflation steigt auch im Juni rapide weiter – parallel druckt EZB Geld in großem Stil**

Auch im Juni 2021 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,3 Prozent. Damit setzt sich ein beunruhigender Trend fort: Die Inflationsrate steigt den sechsten Monat in Folge. Dazu erhöht die EZB weiterhin massiv die Geldmenge. ...

<https://kurz.rt.com/2krb>

de.rt.com: **Medienbericht: Großbritannien will Spezialeinheiten als "Berater" in Afghanistan lassen**

Laut einem Bericht der Zeitung "The Telegraph" erwägt die britische Regierung, Mitglieder von Sondereinheiten in Afghanistan zu lassen. Diese sollen weiterhin afghanische Einheiten ausbilden und beraten. Der ehemalige MI6-Chef warnt vor einem Bürgerkrieg im Land. ...

<https://kurz.rt.com/2krl>

abends/nachts:

de.rt.com: **Bohrinsel zerstört? Explosion vor der Küste Aserbaidschans**

Eine gewaltige Explosion hat ein Öl- und Gasfeld vor der Küste Aserbaidschans erschüttert. Eine Bohrinsel oder ein Tankschiff könnten zerstört worden sein. Bislang gibt es noch keine Erkenntnisse über die Ursache.

Eine gewaltige Explosion hat sich im Bereich eines Öl- und Gasfelds vor der Küste Aserbaidschans im Kaspischen Meer ereignet. Es soll sich laut lokalen Medienberichten um das Umid-Gasfeld handeln. Videoaufnahmen, die von einer nahe gelegenen Ölplattform aus aufgenommen wurden, zeigen die gewaltige Explosion, die den Nachthimmel erhellte. Die Ursache lässt sich bislang nicht ermitteln. Es wäre denkbar, dass eine Bohrinsel oder ein Tankschiff zerstört wurde. Die staatliche Ölgesellschaft Aserbaidschans SOCAR hatte zunächst in einer Erklärung gesagt, dass die Explosion durch einen Schlammvulkan verursacht worden sei. Später revidierte das Unternehmen jedoch seine Erklärung und strich jegliche Erwähnung eines "Schlammvulkans".

Der Unternehmensvertreter Ibrahim Ahmadov sagte in einer Erklärung auf Facebook, dass sich auf den Meeresplattformen und Industrieanlagen, die unter der direkten Kontrolle der Gesellschaft stehen, keine Unfälle ereignet hätten. Die Arbeit gehe im normalen Modus weiter. Man werde die Öffentlichkeit informieren, wenn es zusätzliche Informationen gibt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e21ec0b480cc430c47e27a.JPG>

snews.de: **Mindestens 25 Tote: Militär in Myanmar schießt auf Dörfer**

Rund 150 Soldaten der Militärjunta sollen nach Medienberichten sechs Dörfer in Myanmar den ganzen Tag über beschossen haben. Mindestens 25 Zivilisten sind dabei ums Leben gekommen.

„Sie hatten Informationen, dass es hier eine Bürgerwehr gibt, also kamen sie und griffen uns an“, sagte ein Augenzeuge gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Bürgerwehren haben sich seit dem Machtsturz im ganzen Land gebildet.

Das Militär hatte am 1. Februar geputscht und die Regierung von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi gestürzt. Seitdem versinkt das frühere Birma in Chaos und Gewalt. Das Militär unterdrückt jeden Widerstand mit brutaler Härte. Nach Schätzungen der Gefangenenhilfsorganisation AAPP wurden bisher mehr als 890 Menschen getötet. Mehr als 6000 wurden festgenommen.

Gegner der Militärherrschaft verbrannten am Samstag, dem 65. Geburtstag von Juntachef Min Aung Hlaing, vielerorts Fotos von ihm. Auch ließen sie nachgebaute Särge in Flammen aufgehen und spielten damit auf eine Beerdigung Min Aung Hlaings an. In sozialen Netzwerken äußerten ebenfalls viele Nutzer ihren Hass auf den Juntachef, seine Familie und seine Anhänger.

Bereits kurz nach dem Militärputsch vom 1. Februar hatte die Junta das auf 65 Jahre begrenzte Alterslimit für den Armeechef und seinen Vize aufgehoben. Damit kann Min Aung Hlaing jetzt solange im Amt bleiben, wie er will.

Kürzlich ordnete die Junta die Freilassung von landesweit mehr als 2000 Gefangenen an, darunter 700 allein aus dem berüchtigten Insein-Gefängnis in der größten Stadt Yangon. Wegen des Putsches verhängte die US-Regierung am Freitag weitere Sanktionen gegen führende Mitglieder des Militärregimes und deren Angehörige.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0e/908934_0:159:3079:1890_1440x0_80_0_0_e8cdfb1edd5b94cd4fc814a709cd34.jpg

belta.by: Golowtschenko: Die Regierung von Belarus hat eine klares Konzept im Kontext der EU-Sanktionen

Die Regierung von Belarus hat einen klaren Plan für den Umgang mit EU-Sanktionen. Dies sagte der Premierminister von Belarus Roman Golowtschenko in einem Interview auf dem TV-Kanal Belarus 1, teilt BelTA mit.

„Wir versuchen jetzt, die Auswirkungen der sektoralen Sanktionen auf die Wirtschaft genauer einzuschätzen. Wir haben einen klaren Plan, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Vielleicht werden wir noch motivierter neue Märkte erschließen. Ich würde sagen, dass es für uns ein gewisser motivierender und stimulierender Faktor ist“, bemerkte Roman Golowtschenko. Ihm zufolge ist geplant, die Zusammenarbeit mit traditionellen Partnern aktiv auszubauen. Vor kurzem hat der belarussische Premierminister eine Arbeitsreise nach Kasachstan unternommen. „Bei dem Besuch haben wir konkrete Projekte gefunden, an denen wir in den nächsten Jahren wachsen werden“, betonte er.

Roman Golowtschenko beantwortete auch die Frage, wie sich die Einführung von Sanktionen auf die Zusammenarbeit mit europäischen Finanzinstituten auswirken wird. „Wir hatten und haben ein ernsthaftes Paket von Projekten, die bereits von europäischen Finanzinstituten

genehmigt wurden, zu denen alle notwendigen Entscheidungen getroffen wurden. Vielleicht werden in der Europäischen Union einige klärende Rechtsakte erlassen, aber so weit ich informiert bin, gelten diese Sanktionen nicht für bereits abgeschlossene (Projekte). Auch wenn sie aus irgendeinem Grund die Umsetzung dieser Projekte pausieren oder ablehnen, wissen wir, wie wir diese Ressourcen ersetzen können - teils durch unsere eigenen, teils durch geliehene Mittel.", sagte er.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000021_1625426092_448971_big.jpg

vormittags:

rusvesna.su: **Die Staatsduma will die Preise "nach sowjetischem System" senken**

Die Abgeordnete der Staatsduma, Mitglied des Haushalts- und Steuerausschusses, Wera Gansja, sagte in einem Interview mit dem Radiosender "Goworit Moskwa", dass sie es für notwendig halte, "auf staatlichen Schlüsselpositionen", insbesondere bei der Preisgestaltung, zum sowjetischen System zurückzukehren.

Der Präsident von Miratorg, Wiktor Linnik, hatte zuvor in einer Sendung des Fernsehsenders RBC gesagt, dass eine strenge Preisregulierung den Produzenten den Anreiz zur Modernisierung nehme, und zog eine Analogie zur Zeit der UdSSR.

„Ich würde generell zum sowjetischen System zurückkehren, nicht nur bei der Preisregulierung, sondern auch auf anderen sehr wichtigen staatlichen Schlüsselpositionen“, sagte Gansja.

Sie stellte fest, dass es in der Frage der Preisregulierung notwendig sei, die Handelsaufschläge von Einzelhändlern und Herstellern zu studieren und "ihren Appetit zu zügeln".

Ihrer Ansicht nach halten Unternehmen bei der Preisregulierung die Ware entweder zurück, wandeln sie um oder suchen nach aussichtsreicheren Absatzmärkten im Ausland.

„Zur Regulierung der Preise, als die Preise zu Sowjetzeiten nicht stiegen, sondern sanken – genau darauf müssen wir zurückkommen. Dies ist nicht das schlechteste Beispiel“, fügte Linnik hinzu.

Darüber hinaus bezeichnete die Parlamentarierin die Erhöhung der Preise für lebenswichtige Güter als unmoralisch und sagte, dass russische Unternehmer "lernen müssen, ihren eigenen Appetit selbst zu zügeln".



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ovochi-rynok.jpg

rusvesna.su: **Estnischer Präsidentschaftskandidat fordert, dass Russland "Länder jenseits von Narva" zurückgibt**

Der Kongress der Konservativen Volkspartei Estlands (EKRE) hat am Sonntag den ehemaligen Parlamentspräsidenten Henn Põlluaas als offiziellen Präsidentschaftskandidaten bestätigt, der sich gegen das Grenzabkommen mit Russland ausspricht und die Rückgabe der angeblich "annexierten Gebiete" fordert.

Die Präsidentschaftswahlen in Estland finden vom 10. August bis 29. September statt. Zunächst wird das Parlament versuchen, das Staatsoberhaupt zu wählen. Gelingt ihm das nicht, wird ein Wahlkollegium einberufen, dem 208 Personen angehören (107 Vertreter der Kommunalverwaltungen und 101 Abgeordnete).

Põlluaas hat sich in seiner Rede auf dem Kongress nach Angaben der Partei erneut gegen die Ratifizierung des Grenzvertrags mit Russland ausgesprochen und erklärt, dass sowohl der vor 101 Jahren geschlossene Friedensvertrag von Tartu als auch die darin angegebene Staatsgrenze in Kraft seien.

„Es gibt weder eine Notwendigkeit noch einen Grund, die kriminelle Besetzung von Petschora und den Gebieten jenseits von Narva zu legitimieren“, sagte Põlluaas.

Derzeit ist er Vorsitzender der EKRE-Parlamentsfraktion und war vom 4. April 2019 bis 18. März 2021 als Parlamentssprecher tätig.

Nach dem 1920 zwischen Estland und Sowjetrußland geschlossenen Friedensvertrag von Tartu wurde ein Teil der Provinz Pskow (heute der Bezirk Petschora der Region Pskow) und das Gebiet am rechten Ufer der Narwa (heute das Gebiet der Region Leningrad) an Estland abgetreten. 1944 wurden diese Gebiete an die RSFSR zurückgegeben.

Es gibt keine formale Grenze zwischen Estland und Russland.

Der Grenzvertrag wurde ursprünglich 2005 unterzeichnet. Bei der Durchführung der Ratifizierungsverfahren hat Tallinn einseitig eine Präambel mit Hinweisen auf den ausgelaufenen Friedensvertrag von Tartu von 1920 in das entsprechende Gesetz aufgenommen.

Moskau betrachtete dies als Gelegenheit, künftig territoriale Ansprüche gegen Russland geltend zu machen, und die RF-Unterschrift unter den Vertrag wurde widerrufen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der damalige estnische Außenminister Urmas Paet unterzeichneten am 18. Februar 2014 in Moskau neue Verträge über die russisch-estnische Staatsgrenze und die Abgrenzung der maritimen Räume in der Narwa und im Finnischen Meerbusen.

Sie haben Bestimmungen hinzugefügt, die besagen, dass die Parteien keine territorialen

Ansprüche gegeneinander haben und die Verträge nur die Lösung von Grenzfragen betreffen. Die Dokumente müssen von den Parlamenten beider Staaten noch ratifiziert werden.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/estoniya-rossiya.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. Juli 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de/sputnik.by: **Terroranschlag in Moskau vereitelt – Inlandsgeheimdienst FSB**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben eine Serie von Terroranschlägen in Moskau, Astrachan und Kabardino-Balkarien vereitelt. Sechs Mitglieder des Islamischen Staates (IS) seien getötet und zwei weitere festgenommen worden. In Moskau soll ein Terrorist eine Explosion mit Einsatz einer selbstgebauten Bombe an einem belebten Ort geplant haben. Ein weiterer hatte demnach „einen Angriff auf Bürger mit Einsatz von Feuer- und Stichwaffen“ beabsichtigt. Sie wurden am vergangenen Dienstag und Donnerstag festgenommen.

Der zweite Islamist soll einen Komplizen in der Region Astrachan gehabt haben, mit dem sie zusammen gleichzeitige Attacken geplant hätten. Dieser wurde laut Behördenangaben aufgrund bewaffneten Widerstands neutralisiert.

Weitere fünf mutmaßliche Kämpfer wurden in der Republik Kabardino-Balkarien eliminiert: Sie wurden in konspirierten Häusern blockiert. Nachdem sie begonnen hatten, Schüsse abzufeuern, wurden sie getötet. Sie sollen vorgehabt haben, Vertreter der islamischen Geistlichkeit zu ermorden.

Bei Durchsuchungsmaßnahmen an den Aufenthaltsorten der Verdächtigen wurden Munition, automatische Feuerwaffen, Granaten sowie religiös-extremistische Literatur sichergestellt.

In den letzten zwei Jahren verhinderten die russischen Sicherheitskräfte etwa 80 Terroranschläge.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/04/16/1047451589_0:32:3077:1763_1440x0_80_0_0_859e5ff1dd46900411341801678e96aa.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 4. Juli 3:00 bUhr is 5. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wesjoloje, Alexandrowka, Jelenowka, Jasnoje, Grigorowka.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 28.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Slowenischer Premierminister: Imaginäre Werte der EU könnten zum Zusammenbruch führen

Sloweniens Premierminister Janez Janša kritisiert die westlichen EU-Staaten dafür, dass sie anderen "imaginäre europäische Werte" aufzwingen, ohne die lokalen Kulturen zu respektieren. Er unterstützt Ungarn im Kampf gegen LGBT-Inhalte in Schulen und im Fernsehen.

Mit nur rund 2,1 Millionen Einwohnern ist Slowenien ein vergleichsweise kleines Land. Dennoch wird es in den nächsten sechs Monaten die Tagesordnung des Europäischen Rates bestimmen.

Nachdem Slowenien in der vergangenen Woche die rotierende Ratspräsidentschaft übernommen hat, machte der slowenische Premierminister Janez Janša in einer Rede deutlich, dass seine Prioritäten nicht mit denen der westlichen EU-Länder übereinstimmen. Er kritisierte die slowenischen Mainstream-Medien und deren angebliche Verbündete in der Justiz des Landes und sprach sich zudem gegen die Förderung der liberalen Werte der EU in Ost- und Mitteleuropa aus, zu denen er die LGBT-Bewegung zählt.

Das Aufzwingen "imaginärer europäischer Werte", so der Premier, sei der "schnellste Weg zum Zusammenbruch" der Union. Janša betonte:

"Die Europäische Union vereint Länder mit verschiedenen Traditionen, mit verschiedenen Kulturen.

Es gibt Unterschiede, die berücksichtigt und respektiert werden müssen."

Im Rahmen einer Pressekonferenz widersprach die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen dem slowenischen Regierungschef. Sie erklärte, dass Meinungsfreiheit, Vielfalt und Gleichheit grundlegende europäische Werte seien, die aufrechterhalten werden müssten.

Der verbale Schlagabtausch zwischen Janša und von der Leyen ist nur eine weitere Auseinandersetzung in einem wachsenden kulturellen Konflikt zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil der EU. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat sich an die Spitze dieser Kontroverse mit Brüssel gestellt und den liberalen Westen verärgert, indem er ein Gesetz verabschiedete, das die Darstellung von Homosexualität gegenüber Kindern verbietet. Die EU drohte im Gegenzug rechtliche Schritte gegen Ungarn an. Im vergangenen Monat unterzeichneten 17 westeuropäische Staats- und Regierungschefs eine Erklärung, in der sie die "Diskriminierung der LGBTI-Gemeinschaft" und deren Grundrechte verurteilen. Orbán besteht jedoch darauf, dass das Gesetz die LGBT-Gemeinschaft nicht diskriminiert, sondern den Eltern die Entscheidung überlässt, was sie ihren Kindern zu Fragen von Geschlecht und Sexualität beibringen.

Janša hat eine ähnliche Haltung eingenommen. Er hob hervor, dass er das Recht der Eltern verteidige, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie es für richtig hielten. Von der Leyen entgegnete, dass "das Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, überhaupt nicht bestritten wurde", die Diskussion sich aber um die Frage drehe, "ob die Änderungen der bestehenden Gesetze Minderheiten diskriminieren".

Der slowenische Premierminister stellte zudem fest, dass Slowenien keine Kolonie der EU sei und sich von ihr nichts diktieren lasse. Ähnliche Aussagen tätigte der ungarische Präsident, nachdem der niederländische Premierminister Mark Rutte erklärt hatte, dass Ungarn in der Europäischen Union nichts mehr verloren habe, falls sich das Land nicht der Position des Staatenverbundes zu den LGBT-Rechten unterwerfe. Orbán sprach daraufhin von einer "kolonialen Mentalität der Niederlande".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e2a2c248fbef35b3192e64.JPG>

snanews.de: Afghanistan: Armee holt zum Gegenschlag gegen Taliban aus

In Afghanistan bereiten sich die Regierungstruppen laut dem Präsidentenberater Hamdullah Mohib auf eine Gegenoffensive vor, um den Vormarsch der Taliban zu stoppen. In den letzten Wochen haben die Islamisten insbesondere im Norden des kriegsgeplagten Landes massiv an Boden gewonnen. Ihr Eroberungszug fällt mit dem Abzug der Nato zusammen.

Wie Hamdullah Mohib, Sicherheitsberater des afghanischen Präsidenten, der

Nachrichtenagentur RIA Novosti mitteilte, will die Regierungsarmee im Norden Afghanistans „ganz sicher“ Gegenangriffe gegen die Taliban starten. Er warf der radikal-islamischen Bewegung vor, sich das Vakuum zunutze zu machen, das mit dem Abzug der internationalen Truppen entstehe.

„Sie griffen ohne Vorwarnung an und überrumpelten die afghanischen Sicherheitskräfte. Denn wir hatten ja Frieden erwartet, keinen Krieg“, so Mohib.

Das afghanische Volk wünsche sich Taliban-Vertreter in der Regierung, aber es wolle nicht, dass die Taliban das gesamte Afghanistan regieren, fügte er hinzu.

Vor dem Hintergrund des Abzugs der internationalen Truppen verzeichnen die Taliban großflächige Gebietsgewinne in Afghanistan. Seit Anfang Mai eroberten die Islamisten nach Informationen der UN-Sonderbeauftragten Deborah Lyons 50 der 370 afghanischen Bezirke. Allein seit der Räumung von Bagram, des größten US-Stützpunktes in Afghanistan, am Freitag konnten die Taliban laut DPA mindestens 13 Bezirke erobern. In den vergangenen Wochen sahen sie es vor allem auf Gebiete im Norden ab. In der nordöstlichen Provinz Badachschan überrannten die Islamisten am Wochenende in einer Blitzoffensive mindestens elf Bezirke und rückten noch einmal näher an die Provinzhauptstadt Faisabad heran. Die USA wollen den Abzug ihrer Truppen bis Ende August abschließen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/02/2692062_0:0:2773:1560_1440x0_80_0_0_359fad3011ab300fac11c9406fb1d10a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. Juli um 9:00 Uhr 5282 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4549 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 486 Todesfälle.

sputnik.by: **Das Korrespondentenbüro von "Euroradio für Belarus" ist geschlossen**

Der Beschluss des Ministerrats von Belarus über die Schließung des Büros ist auf den 2. Juli datiert.

Das Korrespondentenbüro der Gesellschaft mit beschränkter Haftung "Europäischer Rundfunk für Weißrussland" (Republik Polen) ist in Weißrussland geschlossen worden, die entsprechende Regierungsverordnung wurde auf dem Nationalen Rechtsportal veröffentlicht. Nach den öffentlich zugänglichen Informationen auf der Website pravo.by stammt der entsprechende Beschluss des Ministerrats der Republik Belarus Nr. 378 vom 2. Juli 2021. Er wurde am 5. Juli dieses Jahres in das Nationale Register für Rechtsdokumente aufgenommen. Wie aus offenen Internetquellen hervorgeht, wurde Euroradio im September 2005 in Warschau gegründet und sendet seit dem 26. Februar 2006, 2009 wurde ein Korrespondentenbüro in Minsk eröffnet.

Im Sommer 2020 blockierten die belarussischen Behörden den Zugang zur Hauptwebsite von

Euroradio, woraufhin die Redaktion auf einen Spiegel-Server auswich. Beim Radiosender arbeiten polnische und weißrussische Journalisten. Das Sendeformat ist 24 Stunden am Tag, jede Stunde beginnt mit etwa dreiminütigen Nachrichten.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/104182/08/1041820801_0:0:1920:1080_1440x0_80_0_0_b3641808445af9a716ebd9ff244d1ebb.jpg

Mzdnr.ru: Am 4. Juli wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet wurde.

Am 5. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 43.707 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4226 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 36.179 als gesund entlassen, es gibt 3302 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 62 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 11 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 42 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1109 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 546 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2004 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: **Einmischung in innere Angelegenheiten ist Verstoß gegen internationale Vereinbarungen**

Die Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates ist ein Verstoß gegen alle internationalen Vereinbarungen. Das sagte die Vorsitzende des Rates der Republik von Belarus Natalja Kotschanowa in einem Interview mit dem TV-Staatssender Belarus 1. „Was die EU-Sanktionen angeht, so fehlen mir die Worte, um meine Empörung auszudrücken. Das ist inakzeptabel, das ist eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, ein Verstoß gegen alle internationalen Vereinbarungen. Hier sollten wir auf entschiedene Weise entgegenwirken. Wir haben dieses Thema mit unseren russischen Kollegen diskutiert. Wir werden uns niemals damit abfinden“, betonte Natalja Kotschanowa. „Aber um den Druck der Sanktionen abzufedern, müssen wir härter arbeiten, nach Wegen und Lösungen suchen, um unser Wirtschaftsniveau aufrechtzuerhalten. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 haben wir eine positive Dynamik erreicht.“

Die Parlamentssprecherin fasste auch die Ergebnisse des 8. Forums der Regionen von Belarus und Russland zusammen. Auf dem Forum wurden Verträge im Wert von 800 Mio. Dollar unterzeichnet. Laut Natalja Kotschanowa wäre es ein Meilenstein, in Zukunft die Werte von einer Milliarde Dollar zu erreichen. „Wir werden uns bemühen, diese Zahl im nächsten Jahr zu erreichen. Aber das Hauptthema ist die Effizienz“, betonte sie.

Die Vorsitzende des Rates der Republik stellte fest, dass während der Regionalforen bedeutende Ergebnisse erzielt wurden. „Russland ist unser strategischer Partner. Wir schließen

neue Verträge und gründen Joint Ventures. Ich denke, dass diese Vereinbarungen in der aktuellen Situation noch gewichtiger und bedeutender sein werden“, sagte sie.

Das Thema des Forums war die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Belarus und Russland im Zeitalter der Digitalisierung sowie die Bildung eines gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Raums im Rahmen der Integration der beiden Länder. „Die Wissenschaft ist der Motor für die Entwicklung eines Landes. Natürlich sollten wir unsere Anstrengungen vereinen, um wissenschaftliche Organisationen zu entwickeln. Wir arbeiten in diesen Bereichen schon seit langem eng mit Russland zusammen. Die Zukunft unserer Länder hängt davon ab“, sagte Natalja Kotschanowa.

„Wir haben auch über die Bedrohungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und über die Entwicklung von Internet gesprochen. Wir haben es heute mit Lügen und Fake News zu tun. Der Mensch hat es schwer, sich in dem ganzen Informationsstrom zurechtzufinden. Wir müssen sehr aufmerksam auf dieses Problem achten. Ich habe vorgeschlagen, eine hochrangige bilaterale Gruppe einzurichten, die sich mit der Entwicklung und Implementierung von Mustergesetzen in diesem Bereich auseinandersetzen sollte. Wir werden uns mit diesem Problem befassen“, sagte sie.

Seit acht Jahren findet das Forum der Regionen von Belarus und Russland unter der Schirmherrschaft der Oberkammern der beiden Parlamente - des Rates der Republik der Nationalversammlung von Belarus und des Föderationsrates der Föderalversammlung Russlands – statt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1625473674_57698_big.jpg

de.rt.com: **Trotz Protest baltischer Staaten: IAEA lobt angeblich weißrussisches Atomkraftwerk**

Im Rahmen einer Inspektion überprüft die UN-Atomaufsichtsbehörde IAEA die Sicherheitsmaßnahmen im ersten weißrussischen Atomkraftwerk. Minsk zufolge ist die IAEA zufrieden. Die baltischen Staaten und Polen kritisieren die Anlage als eine Bedrohung für ihre Sicherheit.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) inspiziert derzeit das weißrussische Atomkraftwerk Ostrowez. Mit dem Bau beauftragt ist der russische Atomkonzern Rosatom. Die Prüfer des International Physical Protection Advisory Service (IPPAS) der IAEA wurden eingeladen, um die Sicherheit der Materialien und Anlagen zu überprüfen. Nach Angaben des weißrussischen Energieministeriums gefiel den Delegationsmitgliedern, was sie sahen.

Chefinspektor Joseph Sandoval soll erklärt haben:

"Ich war beeindruckt von der Ernsthaftigkeit, mit der die weißrussische Regierung die Fragen der Sicherheit des Atomkraftwerks angeht."

Im Jahr 1995 gründete die IAEA die IPPAS, um den Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, sichere Maßnahmen im Umgang mit spaltbarem Material zu implementieren. Die zweiwöchige Mission in Weißrussland soll bis zum 9. Juli dauern. Weißrussland hat in den vergangenen Jahren mehrere IAEA-Besuche empfangen, den letzten im März 2020, um die Entwicklung der Infrastruktur am Standort Ostrowez zu überprüfen.

Das Atomkraftwerk liegt nahe der Grenze zu Litauen und ist seit Jahren Anlass für Streitigkeiten zwischen Vilnius und seinen Verbündeten, darunter Lettland, Estland und Polen. Die Staaten bezeichneten die Anlage wiederholt als "ein weiteres Tschernobyl", das nur darauf warte, zu passieren. Die litauische Regierung hat die Bevölkerung des Landes angewiesen, sich mit Lebensmittelkonserven und Jodtabletten einzudecken.

Als sich Minsk im vergangenen Jahr auf den Start des ersten Reaktors der Anlage vorbereitete, einigten sich die baltischen Staaten darauf, den dort erzeugten Strom zu boykottieren, sobald dieser in das Stromnetz eingespeist wird. Dies scheint jedoch Litauens eigenen nationalen Interessen zu widersprechen, da das Land ein Stromimporteur ist, dessen Netz größtenteils zu Sowjetzeiten entworfen und gebaut worden war und nach wie vor eng mit dem von Weißrussland und Russland verbunden ist.

Im Februar verabschiedete das EU-Parlament eine Erklärung, in der es seine Besorgnis über das weißrussische Kraftwerk zum Ausdruck brachte und Minsk einen "anhaltenden Mangel an Transparenz" in Bezug auf seine Sicherheit vorwarf. Die Erklärung thematisierte auch einen Boykott durch die baltischen Staaten und die Tatsache, dass "Strom aus Weißrussland noch immer über das russische Netz auf den EU-Markt gelangen kann".

Minsk hat die Anschuldigungen zurückgewiesen und erklärt, dass die Kritik an dem Kraftwerk Teil einer breiteren EU-Kampagne sei, um einen Keil zwischen Minsk und Moskau zu treiben.

Das Kraftwerk wird über zwei moderne Reaktoren vom Typ WWER-1200 verfügen, die in mehreren russischen Atomkraftwerken zum Einsatz kommen. Der erste Reaktor dieser Bauart ging im Jahr 2016 im Atomkraftwerk Nowoworonesch ans Netz.

Im November 2020 wurde der erste Reaktor in der Anlage Ostrowez in Betrieb genommen und dessen kommerzieller Betrieb im vergangenen Monat von der weißrussischen Regierung genehmigt. Der zweite Reaktor soll im kommenden Jahr ans Netz gehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e2b6dcb480cc68fb693847.JPG>

nachmittags:

lug-info.com: Die LVR und die DVR haben den Vertretern der RF Vorschläge über die Durchführung eines Treffens im „Normandie-Format“ unter Beteiligung der USA übergeben. Dies erklärte heute der Vertreter der LVR in der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Rodion Miroshnik.

Er merkte an, dass ein „Treffen“ im „Normandie-Format“ unter Beteiligung der USA und der

LVR und der DVR eine Chance einer friedlichen Regelung bieten könnte“, weil es „einen konstruktiven und tatsächlichen Dialog sowohl im ‚Normandie-‘ als auch im Minsker Format heute tatsächlich nicht gibt“. Dies liegt daran, dass „alle Verhandlungsprozesse bewusst durch die Ukraine in prozeduralen Fragen blockiert werden, Kiew führt die Verhandlungen zu einer bedeutungslosen Imitation des Prozesses“.

„Ein Punkt für eine Wiederaufnahme eines vollwertigen Dialogs könnten eine gemeinsames Treffen der Berater des ‚Normandie-Formats‘, von Vertretern der USA und Vertretern der LVR und der DVR sein, das heißt unter Beteiligung der Konfliktseiten und aller real an einer Lösung des Konflikts interessierten Garanten und Vermittler“, sagte Miroshnik.

Er unterstrich, dass „unter Berücksichtigung der in dieser Frage konstruktiven Bilanz des Gipfels der Staatsoberhäupter der RF und der USA sowie des hohen Niveaus des Einflusses der Vereinigten Staaten auf die Politik der Ukraine die Durchführung einer solchen Sitzung eine völlig adäquate Investition in die Regelung des seit sieben Jahren andauernden Konflikts wäre“.

„Offizielle Vorschläge über die Durchführung eines solchen Formats mit der Unterschrift der bevollmächtigten Vertreter der besonderen Bezirke der Donezker und Lugansker Oblast in der Kontaktgruppe wurden dem stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsadministration der RF Dmitrij Kosak und dem Außenminister der RF Sergej Lawrow übergeben, mit der Bitte, alle potentiellen Teilnehmer des Treffens damit bekannt zu machen und dessen Durchführung zu initiieren“, informierte der Vertreter der LVR.

Er erläuterte, dass „eine konstruktive Grundlage des Treffens die Unterstützung der Minsker Vereinbarungen und ein Verständnis für deren Alternativlosigkeit zum jetzigen Zeitpunkt durch alle seine potentiellen Teilnehmer sein muss“, während „grobe Versuche, die Möglichkeit, den Gesichtspunkt der zweiten Konfliktseite der Weltöffentlichkeit zu vermitteln, zu blockieren, kontraproduktiv sind und jahrelang nicht zu Ergebnissen geführt haben, während gleichzeitig das Blutvergießen und der Verfall dicht besiedelter Territorien weitergehen“.

„Die Bereitschaft aller Teilnehmer zu einem einmaligen Treffen zur Suche nach möglichen Wegen einer vollständigen Umsetzung von Minsk, ohne Verletzung und mechanische Ausweitung bestehender Formate regelmäßiger Verhandlungen würde ein echtes Bestreben zur einer Regelung des Konflikts demonstrieren. Auf Ebene der Staatsoberhäupter des ‚Normandie-Formats‘ und der USA wird eine solche Entschlossenheit erklärt und die Durchführung der Sitzung wäre deren praktische Umsetzung“, fügte Miroshnik hinzu.

snanews.de: **Taliban-Angriff auf Stützpunkt in Afghanistan: Mindestens 16 Tote**

Taliban-Kämpfer haben im Westen von Afghanistan nach Behördenangaben mindestens 16 Soldaten getötet. Laut einem Bericht der DPA haben die Islamisten in der Nacht einen Stützpunkt in der Provinz Herat überfallen.

Der Angriff ereignete sich kurz nach dem Abzug der Nato aus Afghanistan. Die Bundeswehr hatte am vergangenen Dienstag ihre letzten verbliebenen Soldaten aus dem Norden des Landes ausgeflogen. Die USA wollen den Abzug ihrer Truppen bis Ende August abschließen. Angriffe auf Sicherheitskräfte erfolgen in der westafghanischen Provinz Herat ohnehin häufig. Extremisten sind dort in vielen Bezirken aktiv, zudem verzeichnen die Taliban gegenwärtig großflächige Gebietsgewinne im ganzen Land vor dem Hintergrund des Abzugs der internationalen Truppen. Allein seit der Räumung von Bagram, dem größten US-Stützpunkt in Afghanistan, am Freitag konnten die Taliban laut DPA mindestens 13 Bezirke erobern. Am Wochenende nahmen sie weitere Bezirke in mindestens acht Provinzen ein. Am vergangenen Freitag haben afghanische Sicherheitskräfte in derselben Provinz einen Anschlag auf ein Verkehrsflugzeug vereitelt. Nach Angaben der Sicherheitsbehörde NDS betrat der mutmaßliche Terrorist, als Künstler getarnt, den Flughafen der Stadt Herat. Bei sich führte er ein Musikinstrument, in dessen Innerem sich ein Sprengsatz, eine Granate und

Chemikalien befanden, die er mutmaßlich während des Fluges an Bord einer Verkehrsmaschine zünden wollte. Einsatzkräfte nahmen den Mann bei der Überprüfung am Flughafen fest.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/05/2724517_0:178:3009:1870_1440x0_80_0_0_2d47a47d436c3ca74587999b0c24f19e.jpg

Dan-news.info: Die Gewerkschaften der DVR planen, in diesem Jahr die Kosten für Urlaub und Erholung für mehr als 20.000 Werktätige ganz oder teilweise zu kompensieren.

„In diesem Jahr ist geplant durch Verbilligung der Reisen mehr als 20.000 Mitglieder der Gewerkschaften in den Urlaub zu schicken, zu diesem Zweck sind mehr als 50 Millionen Rubel vorgesehen, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Jelena Moltschanowa. „Mit jedem Jahr wächst diese Zahl, z. B. haben wir 2016 begonnen und damals war es etwa 11.000 Personen.

Moltschanowa fügte hinzu, dass der Preis für die verbilligte Reise eines Urlaubers in Abhängig von den Möglichkeiten der konkreten Gewerkschaft und vom Urlaubsort variieren werden. Die Werktätigen der Gasbranche und der Kohleindustrie können mit einem Nachlass von 60% und mehr rechnen. Beispielsweise beträgt der ursprüngliche Preis in der Urlaubsbasis „Wolna“ des staatlichen Unternehmens „Toresantrazit“ am Asowschen Meer für eine zehntägige Reise pro Person 15.000 Rubel, die Gewerkschaft bezahlt mehr als 90% der Kosten. Das staatliche Unternehmen „Donezker Kohleenergiegesellschaft“ versorgt die Mitglieder von Familien von im Krieg oder bei der Arbeit getöteter Bergleute mit kostenlosen Reisen nach Sedowo. Außerdem wird den Bergleuten eine teilweise Zahlung für einen Urlaub im Krasnodarer Gebiet angeboten.

Eine Reihe von Gewerkschaften bieten eine Vergünstigung beim Urlaub und die kostenlose Fahrt in Sanatorien in Mineralwassergebieten im Kaukasus, Urlaubsorte im Krasnodarer Gebiet und Abchasien an. Beispielsweise führen im letzten Jahr über die Gewerkschaften mehr als 2000 Menschen ins Ausland in den Urlaub. Die Gewerkschaft der Arbeiter in Bildung und Wissenschaft organisiert unter anderem Urlaub in Sedowo, Reisen in den Urlaubsort sind um 10 bis 30 % günstiger. Für die Arbeiter in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft und in der Landwirtschaft gibt es Angebote von Wochenendreisen.

snaneews.de: **Angst vor Taliban: Soldaten aus Afghanistan fliehen massenhaft ins Nachbarland Tadschikistan**

Mehr als 1000 afghanische Soldaten sind der DPA zufolge aus Angst um ihr Leben vor den islamistischen Taliban-Kämpfern in die zentralasiatische Ex-Sowjetrepublik Tadschikistan geflohen.

Tadschikische Grenztruppen ließen die Soldaten aus Afghanistan nach eigenen Angaben „als Zeichen guter nachbarschaftlicher Beziehungen“ in der Nacht zum Montag ins Land.

Angehörige der afghanischen Regierungstruppen waren bereits in den Tagen zuvor vor den Taliban geflüchtet, diesmal war es allerdings die bisher größte Zahl an Menschen innerhalb eines Tages, die sich in Sicherheit bringen wollten.

In Afghanistan sind derzeit landesweit Islamisten auf dem Vormarsch, während die Nato ihre Truppen aus dem Land abzieht. Die Bundeswehr hatte am vergangenen Dienstag ihre letzten verbliebenen Soldaten aus dem Norden des Landes ausgeflogen. Die USA wollen den Abzug ihrer Truppen bis Ende August abschließen.

Spannungen an den Grenzen

Besonders in den Grenzregionen im Norden Afghanistans spitzt sich die Lage zu. Der tadschikische Präsident, Emomali Rachmon, zeigte sich bei einem Telefonat mit seinem afghanischen Kollegen Aschraf Ghani diesbezüglich besorgt. Tadschikistan hat mit der Provinz Badachschan im Nordosten von Afghanistan eine mehr als 900 Kilometer lange Grenze. Nach Angaben des Grenzschutzes in Duschanbe gelingt es Tadschikistan aber weiterhin, die Lage unter Kontrolle zu behalten.

Auch Russland beobachtet die Situation an der afghanisch-tadschikischen Grenze aufmerksam. Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, warnte vor einer Destabilisierung in Afghanistan. Das russische Militär und der Grenzschutz müssten entscheiden, ob die in Tadschikistan stationierten russischen Streitkräfte deshalb durch zusätzliche Kontingente zu verstärken seien. Eine Entsendung russischer Truppen nach Afghanistan werde es aber nicht geben, betonte Peskow.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/15/247113_0:52:1000:615_1440x0_80_0_0_812be92d2972825afad0ba6c779ae0de.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 05.07.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

In den letzten 24 Stunden wurden **sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Der Gegner schoss 28 Geschosse auf Ortschaften der Republik.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus **Alexandrowka** mit Antipanzergranatwerfern und von den Positionen im Gebiet von Taramtschuk aus **Jelenowka** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Besatzer der 93. mechanisierten Brigade zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt und von den Positionen im Gebiet von Mirnoje aus **Grigorowka** mit Antipanzergranatwerfern und von den Positionen im Gebiet von Beresowoje aus **Jasnoje**

mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Von den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Peski aus hat der Gegner das Feuer mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen in Richtung **Wesjoloje** eröffnet.

Straftruppen der 93. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus zwei Raketen mit Antipanzerraketenkomplexen auf **Grigorowka** abgefeuert sowie zwei Granaten mit automatischen Granatwerfern auf **Staromichajlowka**.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf einem Gebiet, das an ein Wohnhaus angrenzt, in der Kirow-Straße in Georgijewka stationiert sind.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste aufgrund von Verletzung elementarer Sicherheitsbestimmungen und Nachlässigkeit von Funktionsträgern. Im Zeitraum vom 3. bis 4. Juli starben im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ drei Soldaten, zwei wurden verletzt.

Nach Informationen von unseren Quellen in der 93. mechanisierten Brigade geriet ein Ural-Lastwagen am 4. Juli infolge eines Abkommens von der festgelegten Route bei der Fahrt auf die Positionen im Gebiet von Granitnoje, um technisches Material und Munition zu liefern, auf Minensperren, dabei starb der Leiter des Sanitätspunktes eines mechanisierten Bataillons Hauptmann Pismennyj, einer weiterer Soldat wurde schwer verletzt. Der stellvertretende Kommandeur der 93. Brigade Oberst Poljakow gibt gegenüber Mitarbeitern der Militärstaatsanwaltschaft Erklärungen über die Ursachen der Ernennung des getöteten Sanitätsoffiziers als Leiter des Fahrzeugs ab.

Außerdem sind am 3. Juli nicht kampfbedingte Verluste in der 10. Gebirgssturmbriade festzustellen.

So gab es bei der Umrüstung einer Drohne vom Typ Quadrokopter zu einer Kampfdrohne eine Detonation einer selbstgebauten Sprengvorrichtung, dabei starb ein Soldat des 108. Bataillons der 10. Gebirgssturmbriade, Obersoldat Skibizkij, an seinen Verletzungen. Außerdem befahl der Kommandeur der 10. Brigade Kotlik angesichts der zunehmenden Fälle, dass ukrainische Kämpfer auf eigene Minen geraten, den Bataillonskommandeuren, eine Kontrolle der Territorien in den Gebieten der zeitweiligen Stationierungspunkte auf explosive Objekte zu organisieren.

Durch eine außerplanmäßige Pioniergruppe aus dem 109. Bataillon wurde eine Örtlichkeit am Rand von Torezk untersucht, infolge unprofessioneller Aktivitäten der miesen Pioniere detonierte eine Antipersonenmine PMZ-2. Nach vorläufigen Informationen starb ein Kämpfer am Ort der Detonation, einer wurde verletzt. In den Materialien der Ermittlung wird angemerkt, dass die sogenannten Pioniere defekte Metalldetektoren nutzten, worüber das Brigadekommando mehrfach informiert worden war.

Im Vorfeld des Beginns der Videokonferenz der Kontaktgruppe am 7. Juli erhalten wir **Informationen über eine von der ukrainischen Vertretung im GZKK gemeinsam mit dem Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vorbereitete Provokation**

gegenüber Einheiten der Volksmiliz der DVR.

Nach Informationen einer Quelle befahl der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Litwinow den Kommandeuren der 128., 93. und 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, in Zusammenarbeit mit Beobachtern des GZKK fälschlicherweise Beschießungen anzugeben. Die Vertreter des Pressezentrams der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ihrerseits sollten bei Erhalt der Mitteilungen über die Beschüsse die Informationen an Vertreter der ukrainischen Massenmedien, die in ihrem Verantwortungsbereich arbeiten, weitergeben. Ziel dieser Aktion ist es, die Aufmerksamkeit der ukrainischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft im Vorfeld der nächsten Sitzung der Vertreter der Kontaktgruppe auf die Situation im Donbass mit dem Akzent auf deren Verschärfung durch die Schuld der Führung der Republik umzulenken.